

FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 228 Mai 2006



29 Personen, die sich stark machen für Uster:

«Wir danken für Ihr Vertrauen»





Es waren historische Wahlen in der Stadt Uster. Erstmals erhielt die drittgrösste Zürcher Stadt einen SP-Stadtpäsidenten, zum zweiten Mal in der Geschichte – das erste Mal liegt schon über 60 Jahre zurück – gelang es der SP einen dritten Stadtratssitz zu erobern. Das Wahlresultat von Uster zeigt, dass die Bezeichnung «Die Stadtpartei», welche die SP Uster seit vier Jahren als Zusatz trägt, richtig gewählt ist: Offenbar gelingt es ihr, die Stimmung einer offenen und urbanen Wählerschaft zu artikulieren, offenbar wird ihr zugetraut, mit ihren Ideen und Vorstellungen – und ihren Personen – die besseren Lösungen für Probleme in einem städtischen Umfeld anbieten zu können.

Allerdings sollten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ob dem Ausgang der Stadtratswahlen nicht gleich in einen Freudentaumel geraten. Zum einen zeigt das Resultat der Gemeinderatswahlen, dass die SP noch einen Zacken zulegen, ihre Arbeit weiter professionalisieren muss, will sie weiter Wähleranteile gewinnen. Zum anderen ist in Erinnerung zu rufen, dass sowohl im Stadtrat wie im Gemeinderat nach wie vor bürgerliche Mehrheiten bestehen. Eine grundsätzliche Neuausrichtung der städtischen Politik ist also (noch) nicht zu erwarten.

Darauf deuten auch Äusserungen von bürgerlichen PolitikerInnen hin: So lässt sich etwas die lokale FDP-Präsidentin nach der Wahl im «Tages-Anzeiger» zitieren, dass es jetzt, nach dem Verlust des fünften Stadtratssitzes umso wichtiger sei, dass die vier bürgerlichen Stadtratmitglieder eng zusammenstünden. Es steht mir nicht zu, den bürgerlichen Parteien Ratschläge bezüglich ihrer Strategie zu erteilen, eine Bemerkung erlaube ich mir aber dennoch: Mir scheint, dass die Wahlen in letzter Zeit vor allem eines gezeigt haben, dass nämlich der «Bürgerblock» ein Auslauf-Modell ist. Es gelingt SVP und FDP immer seltener, alleine Mehrheiten zu erzielen, selbst dann, wenn sie «möglichst eng zusammenstehen». Sorgen bereiten muss dies vor allem der FDP: Verlor sie bislang am rechten Rand, verliert sie jetzt dort, wo sie sich eng an die SVP anlehnt, gegen links. Das Resultat der Grünliberalen ist ein klares Indiz dafür.

Für die neue Legislatur und angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse in Stadt- und Gemeinderat ist deshalb zu hoffen, dass sich das bürgerliche Lager nicht in die ideologischen Schützengräben zurückzieht, sondern die Zeichen der Zeit erkennt und sich einer offenen und urbanen Politik öffnet, einer Politik mit Tempo 30 in den Wohnquartieren, mit Tagesschulen und einem genügenden Angebot an familienergänzender Betreuung, mehr Freiräumen für den Menschen (statt für das Auto) und einer nachhaltigen Finanzpolitik, die in die Zukunft investiert statt Steuern senkt. Das ist die Politik wie sie immer mehr Menschen in Uster wollen. Die SP Uster wird sich dafür stark machen.

Gute Architektur – auch im Schulhausbau	3
Kommunale Abstimmung vom 21. Mai: Kredit Erweiterung Schulhaus Oberuster Von Barbara Thalmann	
Die Karten wurden neu gemischt	4
Gemeinderatswahlen 2006: Leichter Rutsch nach Mitte-links Von Stefan Feldmann	
Historischer Sieg für die SP	5
Stadtratswahlen 2006: Rechtsrutsch im Stadtrat verhindert Von Stefan Feldmann	
Wir machen uns die nächsten vier Jahre stark für Uster	6-7
Who is who der Behördenmitglieder der SP Uster	
Pro: Auch aus linker Sicht unterstützenswert	8
Kantonale Abstimmungen 21. Mai: Verselbständigung der kantonalen Spitäler Von Christoph Schürch	
Contra: Keine Experimente mit unseren Spitälern	9
Kantonale Abstimmungen 21. Mai: Verselbständigung der kantonalen Spitäler Von Jorge Serra	
Usters erfolgreiche Planung	10
Stadtplanung: Sondernummer Uster der Zeitschrift «Hochparterre» Von Markus Stadelmann	
Auf dem Weg zu mehr Chancengleichheit in der Bildung	11
Eidgenössische Abstimmung 21. Mai: Ja zum Bildungsrahmenartikel Von Chantal Galladé	
Veranstaltungskalender	12

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster

www.forumonline.ch

Herausgeberin:	Sozialdemokratische Partei
Anschrift:	FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1
Auflage:	9'600
Abonnement:	für 1 Jahr mindestens Fr. 30.– auf PC 80 – 13431 – 8
Redaktion:	Margrit Enderlin, Stefan Feldmann, Fredri Gut, Rolf Murbach
Layout:	Ewald Feldmann
Vertrieb:	Martin Zwysig
Druck:	Ropress Zürich
Erscheinungsweise:	viermal im Jahr

Kommunale Abstimmung vom 21. Mai: Kredit Erweiterung Oberuster

Gute Architektur – auch im Schulhausbau

Am 21. Mai stimmen die Ustermer Stimmberechtigten über den 20 Millionen-Kredit für die Erweiterung des Schulhauses Oberuster ab. Die SP Uster beurteilt das Bauprojekt als architektonisch und energetisch gelungen, zumal der Minergie-Standard umgesetzt werden kann. Mit 20 Millionen zeigt das Projekt bürgerlichen Unkenrufen zum Trotz einmal mehr, dass gute Architektur und Wirtschaftlichkeit sich nicht ausschliessen, im Gegenteil. Die Durchführung eines Architekturwettbewerbs hat sich in jedem Fall bewährt.

Von Barbara Thalmann*

Wenn die Ustermer Stimmberechtigten am 21. Mai über den 20 Millionen-Kredit für die Erweiterung des Schulhauses Oberuster abstimmen, kommt ein Planungsprozess von rund sechs Jahren zum Abschluss: Bereits 1999 wurde die Planung für die Erweiterung und Sanierung der bestehenden Schulhausanlage in Oberuster an die Hand genommen. Da sich zeigte, dass der notwendige Schulraum auf dem bestehenden Gelände nicht möglich ist, wurde eine Liegenschaft hinzugekauft, später der Altbau saniert. Nun folgt der letzte Schritt: Ein Erweiterungsbau mit 14 Klassenzimmern sowie einem Aussenklassenzimmer, zwei Kindergärten, einer Doppelturnhalle und einem Mehrzwecksaal mit kleiner Bühne.

Optimierte Kosten

Während den sechs Jahren der Planungen machten immer wieder Meldungen die Runde, die Erweiterung werde so teuer, dass Uster diese Investition niemals zahlen könne. Mit diesem Argument etwa nahm die SVP den Architekturwettbewerb unter Beschuss. Es schien ihr zweckmässiger, das Areal mit Modulbauten aufzufüllen. Allerdings hat sich gezeigt, dass dieses Vorgehen unter dem Strich nicht günstiger zu stehen gekommen wäre. Das Projekt Spielfelder als kompakter Baukörper liegt kostenmässig im gleichen Rahmen und hat wohl hauptsächlich dadurch die politischen Hürden im Parlament ohne Probleme genommen.

Auch wenn sich das Gebäude im Aufbau einfach präsentiert und sich aufs Wesentliche beschränkt, so kann es architektonisch absolut überzeugen. Das Gebäude entwickelt sich aus der Bewegung der Kinder und der Beziehung zwischen den einzelnen Räumen. Es entsteht ein Netz von Korridoren und Nischen für Begeg-



Muss für 20 Millionen erweitert werden: Das Primarschulhaus in Oberuster.

nungen und Kommunikation. Lichthöfe erhehlen das Innere des Gebäudekomplexes und schaffen eine räumliche Verbindung zwischen den Geschossebenen. Eine sorgfältige Umgebungs- und Fassadengestaltung heben das Projekt aus dem Durchschnitt heraus. Einmal mehr zeigt sich, dass gute Architektur ein Zusammengehen von wirtschaftlichen, betrieblichen, funktionalen und baukünstlerischen Faktoren ist. Der Architekturwettbewerb hat zu einem bemerkenswerten Resultat geführt.

Das Projekt mag auch aus energetischer Sicht überzeugen: Die Primarschulpflege prüfte verschiedene Optionen und entschied am Ende, das Gebäude mit dem Minergie-Standard zu verwirklichen. Dies führt zu Mehrkosten von 0,9 Mio. Franken, dieser Betrag wird kompensiert mit der zur Zeit nicht benötigten Landreserve am Talweg 7. Das Energiekonzept basiert auf einer gut gedämmten Aussenhülle und einer kontrollierten Lüftung mit Wärmerückgewinnung. Die Wärmeverteilung erfolgt über ein thermoaktives Bauteilsystem, welches im Winter heizt und im Sommer kühlt. Der Energiebedarf kann optimal genutzt und somit tief gehalten werden.

Flexibler Bau

Die SP Uster unterstützt das Projekt aus baulicher und architektonischer Sicht. Fragen stellte sie auf der bildungsinhaltlichen und pädagogischen Ebene. Entscheidend beim modernen

Schulhausbau ist bekanntlich, dass die gebaute Infrastruktur die Schulentwicklung nicht verhindern darf. Ein Schulhaus muss so angelegt sein, dass es neuen Erkenntnissen der Pädagogik angepasst werden kann. Als Stichworte hierfür können die Grundstufe oder die Tagesstrukturen dienen. Aus SP-Sicht ist zu bedauern, dass der aktuelle Bau nicht für ein grösseres Tagesstrukturangebot konzipiert ist. Trotz diesem Wermutstropfen erschien es der SP-Gemeinderatsfraktion aber nicht sinnvoll, dem Projekt die Zustimmung zu verweigern, zumal der Bau als genügend flexibel eingestuft wird, so dass die notwendigen Anpassungen zu einem späteren Zeitpunkt möglich sein sollten. Auch steht mit der Nachbarliegenschaft Talweg 7 eine weitere städtische Liegenschaft zur Verfügung, welche in entsprechende Überlegungen mit einbezogen werden kann. Der Erweiterungsbau ist grundstufentauglich und beinhaltet einen Aufenthaltsraum mit einer – wenn auch ziemlich kleinen – Küche. Der künftige Platzbedarf wird sich weisen, gehen die Kinderzahlen zwar tendenziell zurück, werden die Raumbedürfnisse aber aufgrund weiterer schulpolitischer Neuerungen mit grosser Wahrscheinlichkeit steigen.

**Barbara Thalmann war zum Zeitpunkt der Behandlung der Vorlage im Gemeinderat Präsidentin der Kommission Bildung und Kultur. Seit dem 11. April ist sie Stadträtin.*

Gemeinderatswahlen 2006: Leichter Rutsch nach Mitte-links

Die Karten wurden neu gemischt

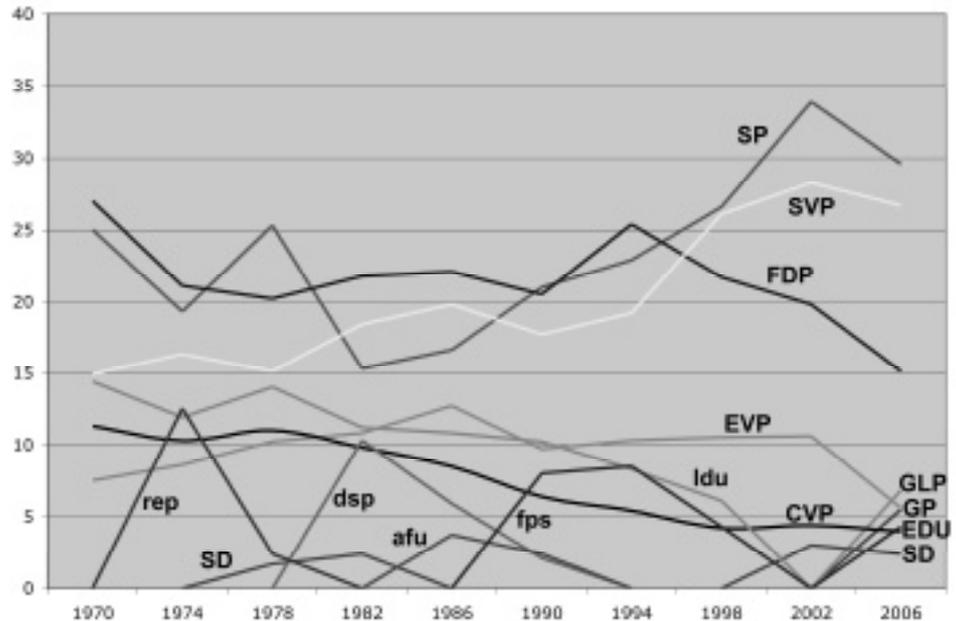
Gleich drei Parteien zogen bei den Gemeinderatswahlen am 12. Februar neu in den Ustermer Gemeinderat ein: die Grünen, die Grünliberalen und die evangelikale EDU. Dennoch blieben die Verhältnisse alles in allem stabil, die Gewichte haben sich aber ganz leicht nach Mitte-links verschoben: Da Grüne und Grünliberale mehr Sitze gewannen als SP und EVP verloren, stehen sich neu 19 Bürgerliche und 17 VertreterInnen von Mitte-links gegenüber. Für Spannung ist also gesorgt.

Von Stefan Feldmann

Ein Minus von 4,3 Prozent für die SP Uster gegenüber den letzten Gemeinderatswahlen – auf den ersten Blick mag einem diese Zahl als SozialdemokratIn zu denken geben. Berücksichtigt man aber die Umstände, dann wird klar, dass die SP ihren traditionellen Wähleranteil in der Stadt Uster halten konnte: Im Vergleich zu den Kantonsratswahlen 2003 – wo sie im Gegensatz zu den Gemeinderatswahlen 2002 der Konkurrenz der Grünen ausgesetzt war – hat sie nur gerade 0,3 Prozent verloren, sie ist also praktisch stabil geblieben.

Grüne Bewegung mit neuem Schwung

Heute lässt sich unumwunden festhalten, dass die SP Uster 2002 bei den Gemeinderatswahlen mit 33,9 Prozent – der höchste Wähleranteil seit dem 2. Weltkrieg – schlicht über ihrem tatsächlichen Wert abgeschnitten hatte. Durch den Verzicht des grün-politisierenden Landesrings, hatten WählerInnen, die traditionellerweise grün wählen, vor vier Jahren nur die Alternative zwischen «zu Hause bleiben» oder «SP wählen». Viele entschieden sich für Zweiteres und so gewann die SP 2002 sensationelle 7,4 Prozent und



Die Entwicklung der Wähleranteile der Ustermer Parteien seit 1970. Bei der FDP sind die Wahlresultate der Demokratischen Partei (1970) sowie der Jungliberalen (1986-1998) miteingerechnet. (Historische Parteien: rep: Republikaner, dsp: Demokratisch-Soziale Partei, afu: Aktiv für Uster, fps: Freiheits-Partei, ldu: Landesring der Unabhängigen)

zwei Sitze hinzu. Dass sie jetzt einen Teil dieser Wählerschaft an die erstmals antretenden Grünen und Grünliberalen verlieren würde, war absehbar, dass sie nur einen der beiden vor vier Jahren gewonnenen Sitze abgeben musste, ist eigentlich bereits ein Erfolg. Auch blieb die SP mit deutlichem Vorsprung vor der SVP wählerstärkste Partei. Das Ziel in vier Jahren muss aber sein, denn Wähleranteil wieder auf über 30 Prozent zusteigern und den 12. Sitz – und damit das Behördenreferendum – trotz Konkurrenz von Grünen und Grünliberalen wieder zurückzuholen.

Gewinnerin ist ganz eindeutig die Grüne Bewegung: Grüne und Grünliberale erzielten zusammengekommen 12,3 Prozent der Stimmen. Dass dabei die «neuen» Grünliberalen besser abschnitten als die «alten» Grünen mag dabei eine kleine Überraschung sein, aber ganz offensichtlich kommt ihr «hellgrün-hellrot-hellblaues» Programm in einem urbanen Umfeld ganz gut an. Neben NeuwählerInnen dürften die Grünliberalen auch kräftig am linken Rand der FDP gegrast haben, die mit 15,1 Prozent auf ein historisches Tief fiel.

Ähnlich wie im links-grünen Lager gab es auch im evangelischen Lager eine Bereinigung: Die Verluste der EVP und die Gewinne der EDU heben sich fast gegenseitig auf. Die evangelikalen WählerInnen, die in Ermangelung einer Alternative bislang EVP wählten, legten diesmal wohl eine der Listen der EDU in die Urne.

Bürgerliche tauschen Plätze

Interessant die Entwicklung der Wähleranteile bei den Gemeinderatswahlen seit 1970 (Aufstockung des Parlamentes auf 36 Sitze). Hier fällt zum einen auf, dass sich die SP nach einer Parteispaltung zu Beginn der 1980er Jahre kontinuierlich erholt hat und sich inzwischen klar als wählerstärkste Partei etabliert hat – «die Stadtpartei» eben. Zum andern ist augenfällig, dass im bürgerlichen Lager FDP und SVP die Plätze getauscht haben: Die SVP verfügt heute über den fast exakt gleichen Wähleranteil wie die Freisinnigen und die Demokraten 1970 zusammen, die FDP heute über den fast exakt gleichen Wähleranteil wie 1970 der damalige BGB. Nach dem kontinuierlichen Sinkflug der CVP, dem Aus des Landesrings und der Halbierung der EVP diesen Februar, tummeln sich hinter den beiden Grossen sowie der FDP eine ganze Reihe von kleineren Parteien. Wer von ihnen überleben wird und wer wieder verschwinden wird, das wird die Zukunft zeigen.

Vergleich Wähleranteile

	GRW 02	GRW 06 +/-		KRW 03	GRW 06 +/-
SP	33,9	29,6 - 4,3 %		29,9	29,6 - 0,3 %
SVP	28,3	26,7 - 1,6 %		29,2	26,7 - 2,5 %
FDP	19,8	15,1 - 4,7 %		15,7	15,1 - 0,6 %
GLP	-	6,8 + 6,8 %		-	6,8 + 6,8 %
EVP	10,6	5,6 - 5,0 %		5,5	5,6 + 0,1 %
GP	-	5,5 + 5,5 %		7,4	5,5 - 1,9 %
EDU	-	4,3 + 4,3 %		3,7	4,3 + 0,6 %
CVP	4,4	4,0 - 0,4 %		4,7	4,0 - 0,7 %
SD	3,0	2,4 - 0,6 %		2,9	2,4 - 0,5 %

GRW: Gemeinderatswahlen, KRW: Kantonsratswahlen (nur Stadt Uster)



Nach den Nummern 1 und 2 ist nun auch die drittgrösste Zürcher Stadt in SP-Hand: Elmar Ledergerber (links) und Ernst Wohlwend (rechts) gratulieren dem neuen Ustermer Stadtpräsidenten Martin Bornhauser.

Stadtratswahlen 2006: Rechtsrutsch im Stadtrat verhindert

Historischer Sieg für die SP

Ein SP-Vertreter als Stadtpräsident, ein dritter Exekutivsitze für die Sozialdemokratie – was sich die SP Uster vor den Wahlen erhoffte, wurde bei den Stadtratswahlen 2006 Wirklichkeit: Martin Bornhauser wurde zum Stadtpräsidenten gewählt, Esther Rickenbacher mit dem zweitbesten Resultat als Stadträtin bestätigt und als dritte SP-Vertretung zog Barbara Thalmann in einem Fotofinish in den Stadtrat ein. Dank dieses historischen Wahlerfolgs konnte die SP Uster einen Rechtsrutsch in der Exekutive verhindern.

Der Besuch war ebenso prominent wie überraschend: Am 26. März schauten die beiden sozialdemokratischen Stadtpräsidenten aus Zürich

und Winterthur, Elmar Ledergerber und Ernst Wohlwend, im Freizeit- und Jugendzentrum Uster vorbei, um mit Martin Bornhauser einen weiteren SP-Stadtpräsidenten in ihren Reihen willkommen zu heissen. Durch die Wahl des bisherigen SP-Stadtrates zum Nachfolger von Stadtpräsidentin Elisabeth Surbeck stehen nun in den drei grössten Zürcher Städten – in denen zusammen 37 Prozent der Zürcher Bevölkerung wohnen – ein sozialdemokratischer Stadtpräsident an der Spitze.



Das starke SP-Trio im Stadtrat: Stadtpräsident Martin Bornhauser, flankiert von den Stadträtinnen Barbara Thalmann und Esther Rickenbacher.

SP-VertreterInnen im Stadtrat

1928-1933	Hans Willi
1931-1936	Julius Kunz
1933-1956	Wilhelm Wildermuth
1936-1945	Jakob Rähmi
1945-1966	Robert Messikommer
1947-1950	Karl Stark
1956-1971	Jakob Schaufelberger
1966-1980	Heinrich Alge*
1971-1986	Walter Suremann
1986-1994	Ludi Fuchs
1994-2002	Heidi Vogt
seit 2002	Martin Bornhauser**
seit 2002	Esther Rickenbacher
seit 2006	Barbara Thalmann

*von 1980 bis 1986 Stadtrat für die DSP

**ab 2006 Stadtpräsident

Aus kommunalpolitischer Sicht fast noch wichtiger als die Eroberung des Stadtpräsidiums aber ist der Gewinn des dritten Stadratsitzes. Mit Elisabeth Surbeck und Rolf Aepli traten auf Ende der Amtsperiode nämlich zwei FDP-Mitglieder zurück, welche als liberal im besten Sinne des Wortes bezeichnet werden können. Wäre das Kalkül des Bürgerblocks aufgegangen und einer der freierwerdenden Sitze – für den anderen war die bisherige Schulpflegepräsidentin Sabine Wettstein (FDP) gesetzt – von der FDP zur SVP gewechselt, hätte dies faktisch ein Rechtsrutsch in der Ustermer Stadtregierung bedeutet.

Mit der Wahl von Barbara Thalmann – die von Martin Bornhauser die Abteilung Soziales über-

nimmt – konnte dies glücklicherweise verhindert werden: Durch die drei sozialdemokratischen Stadtratsitze hat sich zwar das parteipolitische Gewicht zugunsten der SP verschoben, realpolitisch dürften die Kräfteverhältnisse im Stadtrat dadurch aber in etwa gleich geblieben sein.

Mit dem historischen Wahlsieg der SP Uster setzt sich auf kommunaler Ebene ein Trend fort, der in den 1990er Jahren in der Stadt Zürich begann: Die urbanen Zentren des Kantons Zürich tendieren langsam aber sicher Richtung rot-grün. 1990 eroberte die SP das Stadtpräsidium in Zürich, 2002 in der Stadt Winterthur. Beide Städte haben inzwischen sichere rot-grüne Mehrheiten im Stadtrat. Noch ist Uster nicht ganz so weit...

Who is who der Behördenmitglieder der SP Uster

Wir machen uns die nächsten

Am 12. Februar und 26. März fanden in Uster die Gesamterneuerungswahlen statt. Dabei wurden 29 Kandidatinnen und Kandidaten der SP Uster in die diversen Behörden der Stadt Uster gewählt. Im Folgenden wollen wir den FORUM-Leserinnen und Lesern einen Überblick darüber geben, welche Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sich in den nächsten vier Jahren für eine selbstbewusste Stadt mit hoher Lebensqualität und starkem Gemeinschaftsgefühl einsetzen werden.

Stadtrat



Martin Bornhauser (*1950) ist Jurist und Jugendanwalt für die Bezirke Uster und Meilen und lebt in Nänikon. Von 1985 bis 1991 war er Mitglied des Gemeinderates, von 1991 bis 2002 Mitglied des Kantonsrates. Beide Räte wählten ihn zu ihrem Präsidenten. Seit 2002 ist er Stadtrat und stand während vier Jahren der Abteilung Soziales vor. 2006 wurde er von den Stimmberechtigten zum Stadtpräsidenten von Uster gewählt.



Esther Rickenbacher (*1952) ist Juristin und seit 2000 teiltamtliche Richterin am Bezirksgericht Uster. Von 1990 bis 1996 war Esther Rickenbacher Mitglied des Gemeinderates und engagierte sich als Mitglied der Raumplanungskommission für Fragen der Stadtentwicklung. Seit 2002 ist sie Stadträtin und steht der Abteilung Gesundheit vor.



Barbara Thalmann (*1966) ist freischaffende Architektin ETH. Von 1998 bis 2006 war sie Mitglied des Gemeinderates und gehörte dort anfänglich der Kommission für Planung und Bau an, bevor sie 2003 das Präsidium der Kommission Bildung und Kultur übernahm. 2006 wurde sie als Stadträtin gewählt und steht der Abteilung Soziales vor.

Primarschulpflege



Lilo Baschung (*1960) ist Betriebsökonomin FH und individualpsychologische Beraterin. Sie ist seit 2001 Mitglied der Primarschulpflege und als Finanzvorsteherin und Vizepräsidentin Mitglied der Geschäftsleitung der Primarschulpflege.



Walter Brügel (*1954) ist Psychologe FSP und arbeitet teilzeitlich als Erwachsenenbilder. Er ist seit 2002 Mitglied der Primarschulpflege und dort Präsident des Ausschusses HPSU sowie der Fachkommission Tagesstrukturen.



Vera Dubs (*1955) ist ausgebildete Primarlehrerin mit langjährige Erfahrung in Lehrer- und Elternfortbildung. Sie ist seit 2001 Mitglied der Primarschulpflege und dort Mitglied der Kommission Schulpsychologischer Dienst sowie zuständig für die Sonderpädagogik.



Rosmarie Gartmann (*1951) ist Familienfrau und gehörte von 2001 bis 2006 dem Gemeinderat an. Sie ist seit 1998 Mitglied der Primarschulpflege und dort Präsidentin der Kommission Mitarbeiterbeurteilung (MAB) sowie Mitglied der Kommission Geleitete Schulen.



Lydia Hässig (*1960) ist Historikerin und arbeitet als Berufsschullehrerin. Sie präsidierte viele Jahre die SP-Arbeitsgruppe «Schule und Bildung», heute ist sie Mitglied der Geschäftsleitung der SP Uster. Sie ist seit 2004 Mitglied der Primarschulpflege und dort Mitglied des Ressorts Lehrbelange und der Kommission Geleitete Schulen.



Michael Messmer (*1951) ist diplomierte Sozialpädagogin und Supervisor. Er ist seit 2002 Mitglied der Primarschulpflege und dort Präsident der Kommission Geleitete Schulen, der Fachkommission Grundstufe und der Fachkommission Begabtenförderung.



Anna-Pitschna Parli (*1959) ist Sozialarbeiterin und teilzeitlich beim Sozialdepartement der Stadt Zürich angestellt. Sie ist seit 2002 Mitglied der Primarschulpflege und dort Mitglied des Ausschusses Lehrpersonal.



Susanne Sigrist (*1965) ist freischaffende Journalistin BR und arbeitet für diverse Printmedien. Sie ist seit 2006 Mitglied der Primarschulpflege, welchem Ausschuss sie angehören wird, ist noch offen.



Christina Zbinden (*1956) ist Psychologin und arbeitet als Studienberaterin. Zuvor war sie lange Jahre Primarlehrerin und in der Lehrerfortbildung tätig. Sie ist seit 2004 Mitglied der Primarschulpflege und dort Mitglied des Ausschusses Lehrpersonals.

Sozialbehörde



Ewald Feldmann (*1943) war bis zu seiner Pensionierung Produktionsleiter einer Wochenzeitung. Lange Jahre war er Mitglied des Gemeinderates, der Oberstufenchulpflege sowie Präsident der SP Uster. Seit 2005 ist er Mitglied der Sozialbehörde und dort Mitglied der Sozialhilfebehörde.

vier Jahre stark für Uster

Gemeinderat



Reto Dettli (*1964) ist dipl. Ingenieur ETH und Partner in einem Beratungsunternehmen in Zürich. Er ist seit 2002 Mitglied des Gemeinderates und dort Mitglied der Kommission Bildung und Kultur. Seit 2004 präsidiert er die SP-Gemeinderatsfraktion.



Julia Amherd (*1967) ist ausgebildete Pflegefachfrau und Berufsschullehrerin im Gesundheitswesen, unter anderem an der Pflegeschule Uster. Sie ist seit 2006 Mitglied des Gemeinderates und dort Mitglied der Kommission Soziales und Gesundheit.



Patricia Bernet (*1971) ist Biologin, Inhaberin eines Büros für Natur- und Umweltprojekte sowie Geschäftsführerin der Greifensee-Stiftung. Sie ist seit 2002 Mitglied des Gemeinderates und dort bei der Kommission Planung und Bau.



Stefan Feldmann (*1970) ist selbständiger Kommunikationsberater. Er ist seit 1997 Mitglied des Gemeinderates, den er 2000/2001 präsidierte. Er ist Mitglied der Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit. Seit 2003 ist er auch Mitglied des Kantonsrates.



Claudia Geisenberger (*1979) ist gelernte Hebamme und arbeitet im Kantonsspital Glarus. Sie ist seit 2006 Mitglied des Gemeinderates und dort Mitglied der Kommission Bildung und Kultur.



Rolf Graf (*1954) ist eidg. dipl. Buchhalter und Controller. Er ist seit 1998 Mitglied des Gemeinderates und dort Präsident der Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit sowie Mitglied der Rechnungsprüfungskommission. Seit 2000 ist er Vizepräsident der SP-Gemeinderatsfraktion.



Lennie Grob (*1950) ist Heilpädagogin und arbeitet an der Heilpädagogischen Schule Uster. Sie ist seit 2002 Mitglied des Gemeinderates und dort der Kommission Soziales und Gesundheit sowie der Geschäftsleitung des Gemeinderates.



Marc Meyer (*1962) ist Architekt, Präsident des Vereins Freizeit- und Jugendzentrum Uster (frjz) sowie Mitglied der Geschäftsleitung der SP Uster. Er gehört seit 2003 dem Gemeinderat an und ist dort Mitglied der Kommission Planung und Bau.



Balthasar Thalmann (*1976) ist dipl. Kulturingenieur ETH und arbeitet als Raumplaner. Er war bis vor kurzem Präsident der Stadtmusik Uster. Er ist seit 2006 Mitglied des Gemeinderates und dort Mitglied der Kommission Planung und Bau sowie der Rechnungsprüfungskommission.



Regula Trüb (*1959) ist Berufsschullehrerin und unterrichtet am Bildungszentrum Uster. Sie gehört dem Gemeinderat seit 2002 an und ist dort Mitglied der Kommission Bildung und Kultur, welche sie seit 2006 präsidiert.



Christian Wüthrich (*1953) ist Pflegedienstleiter eines Alters- und Pflegeheimes in der Stadt Zürich. Er ist seit 1998 Mitglied des Gemeinderates, den er 2003/2004 präsidierte. Er ist Mitglied der Kommission Soziales und Gesundheit sowie der Rechnungsprüfungskommission.

Oberstufenschulpflege



Monika Ammeter (*1957) ist gelernte Kauffrau sowie Familienfrau. Sie ist seit 1998 Mitglied der Oberstufenschulpflege und dort Mitglied des Ausschusses Sonderpädagogik. Seit 2002 ist sie zudem Vizepräsidentin der Oberstufenschulpflege.



Benni Beckmann (*1941) war bis zur Pension Gewerkschaftsekretärin. Sie ist seit 2003 Mitglied der Oberstufenschulpflege und dort Mitglied der Kommission Berufswahlschule. Sie betreut ausländischen Lehrkräfte, welche «Kurse in heimatlicher Sprache und Kultur» unterrichten.



Maya Hüslér (*1967) ist Sekundarlehrerin und Familienfrau. Sie ist seit 2002 Mitglied der Oberstufenschulpflege und dort Präsidentin der Kommission Mitarbeiterbeurteilung (MAB).



Annett Krassnitzer (*1966) ist Architektin TU/SIA. Sie ist seit 2005 Mitglied der Oberstufenschulpflege und dort Präsidentin der Baukommission Weidli sowie Mitglied der Baukommission Krämeracker.



Dirk Plöching (*1966) ist gelernter Koch und arbeitet heute als Baumschulist. Er ist seit 2002 Mitglied der Oberstufenschulpflege und dort Mitglied des Ausschusses Sonderpädagogik.

PRO

**Kantonale Abstimmungen 21. Mai:
Ja zur Verselbständigung der kantonalen Spitäler**

Auch aus linker Sicht unterstützenswert

Die am 21. Mai 06 zur Debatte stehenden Gesetze zur Verselbständigung des Kantonsspitals Winterthur (KSW) und des Universitätsspitals Zürich (USZ) sind ein Kompromiss zwischen Privatisierung und unbefriedigendem Status quo. Bei einer Ablehnung der Gesetzesvorlagen ist keine Alternative in Sicht. Namentlich das USZ leidet unter der schwierigen Konstellation mit der Universität Zürich, welche bereits vor fünf Jahren verselbständigt wurde.

Von Christoph Schürch,
SP-Kantonsrat, Winterthur*

Diese Gesetze machen niemanden wirklich glücklich. Die Rechte wollte eine Privatisierung, die Linke hingegen die Möglichkeit zur Auslagerung einzelner Betriebszweige verhindern. In der vorberatenden Kommission gelang es ein Kompromiss zu finden: Keine Privatisierung, dafür aber eine grössere Selbständigkeit für die beiden Spitäler. Aus meiner Sicht ein klarer Schritt in die richtige Richtung.

Spitäler bleiben im Besitz des Kantons

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Die Spitäler bleiben im Besitze des Kantons und unterliegen dem Finanzhaushaltsgesetz. Der Regierungsrat erstellt weiter jährlich ein Globalbudget und legt dieses wie bis anhin dem Kantonsrat vor. Das Personal wird weiterhin dem kantonalen Recht unterstehen. Mit den Honoraren der Chefärzte (separates Honorar-gesetz), einzelnen Anstellungen, welche über der kantonalen Besoldungsverordnung liegen (heute bereits via Sponsoring durch private Firmen praktiziert), oder einer drohenden Zweiklassenmedizin (Bundesebene, z.B. das KVG) haben diese beiden Gesetze – nicht wie es uns die GegnerInnen weiss machen wollen – rein gar nichts zu tun.

Eine Ablehnung der Gesetzesvorlagen hätte zur Folge, dass die beiden Spitäler in ihren Bemühungen, sich auf sehr schwierigem und komplexem Terrain nach vorne zu bewegen, ausgebremst würden. Die leise Aufbruchstimmung im USZ nach schwierigen Krisen, würde im Keime erstickt. Für das Kantonsspital Winterthur bedeutet das Gesetz, eine von der Zentrale in Zürich gelöste Identität, das KSW



Mit der Verselbständigung erhalten Unispital Zürich (USZ; im Bild) und Kantonsspital Winterthur (KSW) mehr Handlungsfreiheiten.

erhält, um es etwas pathetisch auszudrücken, eine eigene Seele.

Bessere Kontrolle durch den Kantonsrat

Auch wenn die beiden Spitalvorlagen nicht alle Probleme lösen, die es am USZ und am KSW gibt, bringen die beiden Vorlagen in diversen Bereichen doch klare Verbesserungen.

- Klare Trennung der Gewalten, die Gesundheitsdirektion (GD) bleibt Auftraggeberin der Leistungsaufträge, ist aber nicht mehr gleichzeitig Leitung der operativen Ebene (Spitaldirektion) und Aufsichtsinstanz.

- Die Besetzung des Spitalrates, welcher neu die Führung hat und Verhandlungspartner der GD ist, wird vom Regierungsrat vorgeschlagen und muss vom Kantonsrat genehmigt werden.

- Auch allfällige Auslagerungen einzelner Betriebsteile, müssen vom Regierungsrat bewilligt und vom Kantonsrat genehmigt werden. Heute könnten die Spitäler mit der Einwilligung der GD Betriebsteile ohne Zustimmung des Parlamentes auslagern.

- Der Spitalrat des USZ wird im strategischen Führungsgremium der Universität, dem Universitätsrat, mit Antragsrecht Einsitz nehmen, ebenso der Unirat im Spitalrat des USZ. So wird ein Verhandeln auf gleicher Augenhöhe zwischen Universität und dem Universitätsspital erst möglich gemacht. Die schwierige Schnittstelle

zwischen diesen zwei Grossinstitutionen ist eine der Ursachen der Unruhe und der Konflikte am Unispital (z.B. Berufungen von Professorinnen und Professoren).

- Klinikdirektoren werden neu vom Spitalrat berufen, unabhängig davon, ob sie als Professoren an der Uni lehren oder nicht.

- Die Position des Parlamentes wird mit obigem Genehmigungsvorbehalt und einer verstärkten parlamentarischen Aufsicht verbessert.

- Heute sind die zwei grössten kantonalen Spitäler zwei Kästchen im Organigramm der Gesundheitsdirektion. Mit der Regelung auf Gesetzesstufe wird es auch später seitens des Parlamentes möglich sein, gezielt Veränderung herbei zu führen.

- Seit weit über 20 Jahren kämpft die Pflege um eine Gleichstellung des Berufsstandes in den Spitalführungen (sogenanntes Dreibein neben den Aerzten und der Verwaltung). Im USZ ist dies schon seit längerem Praxis. Neu wird auch im Kantonsspital Winterthur die Pflege Einsitz in der Spitaldirektion erhalten.

- Im Spitalrat des KSW werden die Stadt Winterthur und eine Vertretung der umliegenden Gemeinden, welche alle das Kantonsspital mitfinanzieren, Einsitz nehmen.

*Christoph Schürch ist Präsident der kantonsrätlichen Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit.

CONTRA

**Kantonale Abstimmungen 21. Mai:
Nein zur Verselbständigung der kantonalen Spitäler**

Keine Experimente mit unseren Spitälern

Gesundheit ist ein kostbares Gut. Deshalb dürfen mit unserer Gesundheit keine Experimente gemacht werden. Das Universitätsspital Zürich (USZ) und das Kantonsspital Winterthur (KSW) sind für die Versorgung der Zürcherinnen und Zürcher mit hochwertigen medizinischen Leistungen entscheidend. Es kommt nicht in Frage, dass wir in Zukunft nur noch bezahlen, aber nichts mehr zu sagen haben.

Von Jorge Serra, SP-Kantonsrat, Winterthur*

Die beiden Vorlagen schaffen eine neue, anonyme Spitalbürokratie, hinter der sich die politisch Verantwortlichen künftig verstecken werden. Neue Gremien werden geschaffen, neue Entscheidungswege, Schnittstellen und Unklarheiten. Ein fünf- bis siebenköpfiger Spitalrat (=Verwaltungsrat), in dem weder Regierung noch Kantonsrat vertreten sein müssen, bestimmt massgeblich über die Positionierung der Spitäler auf dem «Markt», über Prioritäten, Auslagerungen, Beteiligungen an anderen Unternehmen und somit über die Geschicke der Patientinnen und Patienten wie der Mitarbeitenden.

Ein Staat, der die Rechnung bezahlt, ein paar Rahmenbedingungen setzt und alles Weitere an



Gesundheit ist ein kostbares Gut. Deshalb darf mit unseren Spitälern keine Experimente betrieben werden.

ein Leitungsgremium delegiert, wird seiner Aufgabe als Garant für die bestmögliche Gesundheitsversorgung nicht gerecht. Die Gesetze entziehen dem Volk, dem Kantonsrat und dem Regierungsrat Möglichkeiten, auf die beiden Spitäler Einfluss zu nehmen. Damit wird die dringend nötige politische Aufsicht geschwächt. Die Auslagerung der beiden Kantonsspitäler ist eben kein ausgewogener Kompromiss – wie das die befürwortende Seite behauptet – sondern eine politische Fehlkonstruktion.

Einstieg in die Privatisierung

Die Spitalräte haben die Kompetenz, ganze Betriebsbereiche von der Reinigung über das Labor bis zu ganzen Kliniken zu privatisieren. Solche Beschlüsse müssen zwar vom Kantonsrat abgesegnet werden, sind aber dem Referendum entzogen. Gewinnbringende Bereiche können so privatisiert werden, unrentable Bereiche können durch Lohndumping rentabel gemacht werden. Wir wehren uns gegen eine solche Rosinenpickerei auf Kosten der Steuerzahlenden und der Angestellten.

Die beiden Vorlagen fördern gleichzeitig eine Abwärtsspirale bei den Arbeitsbedingungen. Der Kantonsrat hat es ausdrücklich abgelehnt, bei einer Privatisierung von Teilbereichen der Spitäler den Angestellten eine Garantie be-

züglich Arbeitsbedingungen zu geben. In einem solchen Fall sind die kantonalen Arbeitsbedingungen nicht mehr Vorschrift. Die Arbeitsbedingungen können verschlechtert werden. Anders auf der Ebene der Chefärzte: «Um ausserordentlich qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen oder zu erhalten», lassen die Gesetze ausserordentliche Arbeitsverträge zu. Das öffnet Tür und Tor für ungerechtfertigt hohe Saläre auf der Chefarzt- und Managerebene und fördert eine nicht mehr zu kontrollierende Entwicklung Richtung Abzockerlöhne.

Spitzenmedizin bald nur noch für Reiche?

Das USZ hat als einziges Zürcher Spital den Auftrag, die hochspezialisierte medizinische Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. Das Gesetz birgt die Gefahr, dass künftig modernste medizinische Diagnose- und Behandlungsmöglichkeiten nicht mehr der ganzen Bevölkerung zur Verfügung stehen. Das verselbständigte USZ wird verstärkt mit Privatkliniken um PrivatpatientInnen konkurrenzieren, während für die normalen Grundversicherten immer weniger Ressourcen zur Verfügung stehen. Das Gesetz fördert die Zweiklassenmedizin.

**Jorge Serra ist Sekretär bei der Gewerkschaft VPOD.*

Gespaltene Linke

fo. Die SP Kanton Zürich gilt als eine Partei, die in aller Regel geschlossen auftritt. Bei den beiden Gesetzen über das Universitätsspital Zürich bzw. das Kantonsspital Winterthur ist dies für einmal nicht der Fall. Zwar hat die SP ihr wichtigstes Ziel – die Umwandlung der beiden Spitäler in Aktiengesellschaften und damit die vollständige Privatisierung zu verhindern – erreicht, die Meinungen darüber aber, ob der in der Kommission erreichte Kompromiss aus linker Sicht akzeptabel ist, darüber gingen und gehen die Meinungen auseinander. Da es aus linker Sicht gute Gründe sowohl für ein Ja wie ein Nein gibt, hat die FORUM-Redaktion deshalb beschlossen, das Thema kontradiktorisch abzuhandeln.

Die offizielle Abstimmungsparole der SP Kanton Zürich lautet: Zweimal Nein.



Ein gutes Beispiel unter vielen:
Wohnhaus
«Im Lot 1-3» an
der Wilstrasse,
von Michael Alder
und Hanspeter
Müller, 1998.

Stadtplanung: Sondernummer Uster der Zeitschrift «Hochparterre»

Usters erfolgreiche Planung

Die Architektur-Zeitschrift «Hochparterre» gehört zu den renommiertesten Zeitschriften in ihrem Fachbereich. Wenn also «Hochparterre» nach «Zürich-West» und «Zürich-Nord» ihr neuestes Sonderheft der Stadtplanung von Uster widmet, dann hat dies durchaus etwas zu bedeuten. Und in der Tat stellt die Zeitschrift dem Ustermer Stadtplaner Walter Ullmann und seinen politischen Vorgesetzten ein hervorragendes Zeugnis aus.

Von Markus Stadelmann

«Vor ein paar Jahren war ich drauf und dran, nach Uster zu zügeln», bekennt Herausgeber Köbi Gantenbein im Editorial des Hochparterre-Sonderheftes Uster und meint weiter: «Wer dieses Heft liest, sieht, dass ich einer der wenigen bin, der sich nicht hat verrichten können, denn Uster scheint Heerscharen anzuziehen.» Warum das so ist, ist für den Fachmann klar: «Uster ist eine Stadt des jungen Mittelstandes. Es bildet die Ansprüche und die Vorzüge des Wohllebens in der Schweiz ab, aber Uster ist in einem Punkt ganz und gar unschweizerisch. Der Punkt ist entscheidend, weil an ihm Mitte der Achtzigerjahre Usters Zuversicht bestimmt worden ist. Zur Debatte stand, was aus der langsam niedergehenden Industriestadt wohl werden sollte. Wie anderswo setzte man auf Planung. Aber anders als anderswo, blieb man in Uster hartnäckig dran. Und erfolgreich, denn etliches von dem, was auf

Papieren und Plänen Ende der Achtzigerjahre geschrieben und gezeichnet worden ist, steht heute: Quartier- und Gestaltungspläne, die Frei- und Spielräume sichern und so Stadtbau ermöglichen; kühne Um- und Auszonungen, die diversen Bundesgerichtsurteile zu überstehen hatten, Entwicklung von grossen Gebieten als Wohnorte und Konzentration städtischer Funktionen in Usters Kern.» Wem diese Hartnäckigkeit zu verdanken ist, verschweigt Köbi Gantenbein auch nicht – aber dazu später mehr.

Lesenswerte Fundgrube

Das Hochparterre-Sonderheft präsentiert auf 32 Seiten viel Lesenswertes, wer sich schon immer mal einen Überblick über die Stadtplanung und den Städtebau der letzten 15 Jahre in Uster machen will, ist mit dem Sonderheft sehr gut bedient. Ein Plan zeigt, wo in den vergangenen Jahren in Uster geplant und gebaut wurde, und wo Projekte in Planung sind. Auch werden die wichtigsten Bauten der letzten Jahre vorgestellt: Von den Siedlungen «Im Lot» und «Im Werk» über die Bahnhofspassage und die neue Sporthalle Buchholz bis hin zur Wohnüberbauung Hofhuren und die Gewobag-Siedlung an der Oberlandstrasse.

Stadtplaner Walter Ullmann stellt das stadträtliche Konzept mit den drei Entwicklungsachsen Aabach, der Nord-Süd-Achse mit dem Entwicklungsgebiet Eschenbüel sowie der «Achse» für öffentliche Bauten (Zeughausareal, Oberlandstrasse, Erweiterung Stadthaus) vor. Auch sind natürlich die Pläne für das Zellweger-Areal ein Thema. Und schliesslich wird das in Uster und

Rapperswil beheimatete Planungs- und Architekturbüro asa vorgestellt.

Hoffen auf Kontinuität

Aber zurück zur Analyse von Köbi Gantenbein: Wie war es denn möglich, dass man in Uster «anders als anderswo» in Sachen Stadtplanung hartnäckig geblieben ist? Für den Hochparterre-Herausgeber hat es mit der Kontinuität in dieser bemerkenswerten Planungsgeschichte zu tun: Ein SP-Stadtrat (Ludi Fuchs), der neue Ideen gegen Widerstände ansties, ein Stadtplaner (Walter Ullmann), der mit viel Geschick städtebauliche Akzente setzte und setzt, ein FDP-Stadtrat (Rolf Aepli), der Grundeigentümer, Immobilien- und Bauunternehmer zeigen konnte, dass sie dank staatlichem Planen und Handeln gut wirtschaften können und der die Stadtplanung gegen Angriffe von bürgerlichen Betonköpfen verteidigte.

Es bleibt zu hoffen, dass jetzt, wo das Bauamt von Rolf Aepli in die Hände seines Parteikollegen Thomas Kübler übergegangen ist, diese Konstanz erhalten bleibt und die hochgelobte und preisgekrönte (Wakkerpreis 2001) Ustermer Stadt- und Verkehrsplanung nicht wie in den Siebziger- und Achtzigerjahren wieder den Ansprüchen der Automobilisten geopfert wird. Denn das würde für Uster bedeuten: Zurück auf Feld eins.

*Das Sonderheft Uster der Zeitschrift Hochparterre kann für Fr. 15.00 bestellt werden bei:
Hochparterre, Ausstellungsstrasse 25, 8005 Zürich.
Oder unter: www.hochparterre.ch*

Eidgenössische Abstimmungen 21. Mai: Ja zum Bildungsrahmenartikel

Auf dem Weg zu mehr Chancengleichheit in der Bildung

Die «Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zur Bildung», über die wir am 21. Mai abstimmen, wird den «Kantönligest» im Schulwesen nicht vollständig abschaffen und ist keine Revolution. Die Vorlage ist ein Kompromiss, der nach Ansicht der SP hätte weiter gehen dürfen. Trotzdem bringt der neue Bildungsrahmenartikel, welcher vom ehemaligen SP-Nationalrat Hans Zbinden initiiert wurde, wichtige Fortschritte mit sich und trägt wesentlich zu einem besser koordinierten Bildungsraum Schweiz bei.

Von Chantal Galladé,
SP-Nationalrätin, Winterthur*

Die Vorlage sieht eine Harmonisierung der obligatorischen Schule und des Hochschulbereiches vor und beseitigt damit kantonale Unterschiede, die zu einer Benachteiligung der Auszubildenden führen könnte. Auch das Umziehen von einem Kanton in den anderen würde für Kinder, Studierende und Eltern erleichtert werden. Vereinheitlicht werden sollen bei der obligatorischen Schule das Schuleintrittsalter, die Schulpflicht, die Schuldauer, die Ziele der Bildungsstufen, die Übergänge und die Anerkennung der Abschlüsse. Dazu werden die Hochschulen angehalten, ihre Lehrgänge zu koordinieren und Schwerpunkte zu bilden. Der Gleichwertigkeit, aber Andersartigkeit von Universitäten und Fachhochschulen wird dabei Rechnung getragen.

Lebenslanges Lernen wird anerkannt
Dadurch, dass den unterschiedlichen Bildungswegen eine gleichwertige gesellschaftliche Anerkennung zukommen soll, ist mindestens als Absichtserklärung deklariert, dass man der Berufsbildung ihren Stellenwert zusichern und sie fördern will. Die Verfassungsbestimmung allein wird jedoch nicht genügen, wenn nicht auch die dafür notwendigen Finanzen gesprochen werden. Hier werden wir auch nach der Abstimmung im Mai weiterkämpfen müssen. Dasselbe gilt für die erstmalige Verankerung der Weiterbildung in der Verfassung. Damit wird die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens anerkannt und die Grundlage geschaffen für ein Weiterbildungsgesetz, für eine finanzielle Beteiligung des Bundes an der Weiterbildung sowie für das Festlegen von Qualitätsstandards. Nach diesem ersten und wichtigen



Der neue Bildungsartikel ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Chancengleichheit.

Schritt für die Weiterbildung werden die Umsetzung und das Sprechen der Finanzen auch in diesem Bereich von grosser Bedeutung sein. So kann ich mir zum Beispiel gut vorstellen, dass wir eine Form von Weiterbildungsgutscheinen initiieren und einführen können.

Bildungspolitische Ungerechtigkeiten beheben
Der neue Bildungsrahmenartikel ist auch ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Chancengleichheit. Spätestens seit dem Erscheinen der ersten Pisa-Studie wissen wir, dass einer der grössten Schwachpunkte unseres Bildungssystems ist, dass wir es nicht schaffen, die soziale Herkunft der Kinder in der Schule zu korrigieren. Das heisst, Kinder aus bildungsfernen oder ärmeren Schichten oder Regionen haben

schlechtere Chancen auf eine gelungene Schullaufbahn als ihre Kolleginnen und Kollegen aus reichem oder studiertem Elternhaus. Diese Ungerechtigkeit zu beheben ist eine der wichtigsten bildungspolitischen Herausforderung der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Der Bildungsrahmenartikel schafft durch die landesweite Koordination bei der Qualität der Bildung, des Unterrichts und der Lehrpersonen gute Voraussetzungen, um Ungleichheiten zu verringern.

Mit Bildungsartikel noch nicht alle Ziele erreicht
Es wird Sache der Kantone sein, sich in den wesentlichen Punkten des Schulsystems zu einigen und damit eine Harmonisierung für die Schweizer Bildungslandschaft herzustellen. Gelingt dies den Kantonen nicht, ist es Aufgabe des Bundes

eine einheitliche und verbindliche Regelung herzustellen. Diese subsidiäre Bundeskompetenz ist eine der grössten Neuerungen des Bildungsrahmenartikels.
Ein deutliches Ja am 21. Mai ist wichtig für die Qualität der Bildung in unserem Land – und damit auch für unsere Zukunft. Aber ein Ja wäre erst der erste Schritt zu weiteren wichtigen Neuerungen, für die wir nach dem 21. Mai weiterkämpfen müssen: Tagesschulen, mehr Stipendien, früher Sprachenunterricht, familienergänzende Betreuung und Chancengleichheit auf allen Stufen.

*Chantal Galladé ist Mitglied der nationalrätlichen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur sowie Stiftungsrätin der Volkshochschule Zürich.

Abstimmungsparolen der SP

BUND	JA zum Bildungsartikel (lesen Sie obenstehenden Artikel)
KANTON	NEIN zur Verselbständigung des Universitätsspitals Zürich NEIN zur Verselbständigung des Kantonsspitals Winterthur (lesen Sie die Artikel auf den Seiten 8 und 9)
GEMEINDE	JA zum Kredit für den Erweiterungsbau Schulhaus Oberuster (lesen Sie den Artikel auf Seite 3)

Veranstungskalender

07.05 KINO: NACHBEBEN

Stina Werenfels, Schweiz 2006 D 96'

HP, äusserlich ein erfolgreicher Investment-Banker, lädt zum Grillabend in seiner luxuriösen Villa am See. Hier lebt er mit seiner Frau Karin, dem gemeinsamen Sohn Max und ihrem dänischen Au-Pair Birthe. Niemand ahnt, dass HP grosse Verluste erlitten hat und als Folge davon bereits sein Haus im Internet zum Verkauf anbieten muss. Gäste an diesem lauen Sommerabend sind HPs Freund und Vorgesetzter Philip, sowie dessen Frau Sue, die ihr zweites Kind erwartet. HP hofft, im privaten und betont lockeren Rahmen endlich bei Philip seinen rettenden Deal durchzukriegen. Der Grillabend beginnt fröhlich unter Freunden. Doch schon bald merkt HP, dass sein Plan nicht reibungslos laufen wird. HP kämpft, zieht alle Register seiner Händlernatur. Doch am andern Morgen ist nichts mehr, wie es war.

18.00 und 21.00 Uhr, Qtopia

11.05. JAZZ: SUPERTERZ

Oliver Schmid (dr), Marc Flury (b),
Marcel Vaid (g), Ravi Vaid (electr),
Nicole Biermaier (visuals), Emilie Welti (voc)

Die Mitglieder dieses innovativen Kollektivs arbeiten seit 6 Jahren zusammen. Durch das Aufeinandertreffen von elektronischer Akustik, Visualeffekten und Gesang entsteht bei Superterz eine intensive Musik, die elektronische Klangästhetik, rhythmische Kraft und Live-Instrumente miteinander verschmelzen lässt. Der Zuhörer wird auf eine Reise durch atemberaubende, pulsierende Soundlandschaften mitgenommen, die an Portishead oder Tortoise erinnern. Emilie Weltis ätherischer Gesang lebt von Bildern und Andeutungen, die Langzeitwirkung haben. Es ist dieses Zusammenspiel von Experimentierlust und filigraner Poesie, die den Reiz von Superterz ausmacht.

20.30 Uhr, JazzClub

14.05 KINO: TODO SOBRE MI MADRE

Pedro Almodovar, Spanien 1999 Sp. d/f 105'

Die 40-jährige Krankenschwester Manuela lebt in Madrid mit ihrem 16-jährigen, schriftstellerisch ambitionierten Sohn. Esteban kritzelt Notizen und Gedanken zu



einem tot geglaubten Vater in sein Tagebuch und verfasst Kurzgeschichten. Mit einem dieser Werke will er an einem Literaturwettbewerb teilnehmen. Thema der Geschichte: Das Leben seiner Mutter. Dazu müsste er mehr über seinen Vater erfahren. Doch es kommt nicht so weit. Bevor Manuela ihm die ganze Wahrheit anvertrauen kann, schlägt das Schicksal zu: Es überrollt Esteban in Form eines Autos. Er stirbt. Von Trauer überwältigt macht sich Manuela auf die Suche nach Estebans Vater, der irgendwo noch quickfidel vor sich hinleben muss. Bei ihren Nachforschungen begegnen ihr Menschen, die ihr Leben verändern: die Schauspielerinnen Huma und Nina, der Transvestit Agrado, die Schwester Rosa, die Prostituierten und Transvestiten beisteht sowie Rosas Mutter, die mit der Berufung ihrer Tochter ganz und gar nichts anfangen kann. Eine irrwitzige Reise beginnt...

18.30 und 21.00 Uhr, Qtopia

18.05. JAZZ: ANKE HELFRICH TRIO

Anke Helfrich (p), Martin Gjakonovski (b),
Dejan Terzic (dr)

Die Ausnahme-pianistin Anke Helfrich gilt als eines der grossen Talente des deutschen Jazz. Mit ihrem Trio hat sie in den letzten Jahren viele renommierte Preise gewonnen und in Clubs und auf Festivals in ganz Europa gespielt. Im Trio um die Pianistin Anke Helfrich leben die fast ausschließlich eigenen Kompositionen von nahezu perfekter Interaktion und technischer Brillanz der Künstler. Bassist Martin Gjakonovski und Schlagzeuger Dejan Terzic bilden mit der Pianistin einen homogenen Klangkörper, der in leisen und lyrischen Themen ebenso harmoniert wie in den groovenden oder frei improvisierten Powerplay-Passagen. Im letzten November hat das Trio ihre CD "Better times ahead" aufgenommen, bei der Roy Hargrove in einigen Nummern als Specialguest mitgewirkt hat.



20.30 Uhr, JazzClub

21.05. KINO: DAS WUNDER VON BERN

Sönke Wortmann, Deutschland 2003 D 117'

Sommer 1954: In einer kleinen Bergarbeiter-siedlung in Essen sieht der elfjährige Matthias Lubanski mit seiner Mutter und seinen



Geschwistern voller Hoffnung und Sorge der Rückkehr seines Vaters aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft entgegen. Christa Lubanski hat sich und ihre Kinder unter grossen Entbehnungen durch Krieg und Nachkriegsjahre gebracht. Längst hat der fussballbegeisterte Matthias in seinem Idol, dem Essener Stürmer-Star und Nationalspieler Helmut Rahn, einen Ersatzvater gefunden. Als der Taschenträger vom „Boss“ verdient sich Matthias ein paar Groschen dazu, und Rahn bestätigt ihm, dass er nur dann gewinnen kann, wenn Matthias als sein Maskottchen bei den Spielen dabei ist. Das nimmt Matthias natürlich für bare Münze. In der Schweiz erwartet man zu gleicher Zeit das Aufeinandertreffen der besten Fussballmannschaften der Welt. Während Sepp Herberger und seine Elf zur WM fahren, steht in Essen die Familie Lubanski vor einer Zerreihsprobe: Vater Richard bleibt nach seiner Rückkehr verschlossen und aggressiv. Als die deutsche Mannschaft überraschend ins Finale einzieht, will Matthias unbedingt nach Bern, um Rahn Glück zu bringen – doch Richard Lubanski hat für die Träume seines Sohnes kein Verständnis. Am 4. Juli 1954 muss sich alles entscheiden ...

18.30 und 21.00 Uhr, Qtopia

28.05. KINO: TURTLES CAN FLY

Bahman Ghobadi, Iran 2005 Ov. d/f 97'

18.30 und 21.00 Uhr, Qtopia

01.06. JAZZ: HMT JAZZ ORCHESTRA

Die Bigband der Hochschule Musik und Theater Zürich besteht aus Studierenden der Jazzabteilung. Die Band ist aber auch für interessierte Klassik-Studierende offen. Über zwei Semester wird jeweils ein abwechslungsreiches Programm auf professionellem Niveau eingeübt. Der Schwerpunkt der Stückeauswahl liegt bei der klassischen Bigband-Literatur, daneben finden auch moderne Kompositionen und Arrangements ihren Platz im Repertoire. Der Bigband-Leiter David Regan ist ein hervorragender Leader, der die ganze Palette des Bigband-Jazz souverän beherrscht. Er leitet mehrere professionelle Bands in der Schweiz und ist daneben als begnadeter Solist in diversen Bands aktiv.

Konzert in Zusammenarbeit mit dem SwissJazzOrama.

20 Uhr, JazzClub

04.06. KINO: ON A CLEAR DAY

Gaby Dellal, Grossbritannien 2005 E d/f 98'

18.30 und 21 Uhr, Qtopia

11.06. KINO: HABANA BLUES

Benito Zambrano, Spanien 2005 SP d/f 110'

18.30 und 21 Uhr, Qtopia

18.06. KINO: Crustaces et Coquillages

Olivier Ducastel, Jacques Martineau

Frankreich 2005 F d 95'

18.30 und 21 Uhr, Qtopia

09.07. KINO: THE OTHER FINAL

Johan Kramer, Niederlande 2003 Orig. d 87'

18 Uhr, Qtopia

INSERATE

 **Bioladen
Apfelbaum**
Zentralstrasse 18, Uster

Aktionen, News, Degus...
jetzt wöchentlich Newsletter
bestellen:
newsletter@oepfelbaum-uster.ch

Öffnungszeiten:
Mo-Fr 9.00 - 12.15 14 - 18.30
Sa 9.00 - 16.00

ERNESTO W. VOEGELI

FOTOGRAFIE

AATHALSTRASSE 85A, CH-8610-USTER
TEL.01 940 69 17, MOBIL 079 233 99 00

Votazione popolare del 21 maggio 2006

Ben avviata la parità di prospettive nel settore della formazione

Il decreto federale „sul nuovo coordinamento delle disposizioni costituzionale nel settore della formazione“ sul quale voteremo il 21 maggio, non abolirà completamente le particolarità cantonali dell'organizzazione scolastica e non rappresenta una rivoluzione.

Il decreto è un compromesso che secondo il PS avrebbe potuto essere più a nostro favore. Ciò nonostante questa revisione costituzionale, iniziata nel 1997 dal consigliere nazionale Hans Zbinden, è un importante passo avanti e contribuirà alla coordinazione in un futuro spazio comune della formazione in Svizzera.

Di Chantal Galladé*,

Consigliere nazionale PS, Winterthur

La revisione costituzionale intende obbligare la Confederazione e i Cantoni a coordinarsi e a cooperare nel settore della formazione, dalla scuola elementare fino all' università, e ad eliminare le diversità cantonali che potrebbero nuocere ai ragazzi in via di formazione. Per i bambini, gli studenti ed i genitori sarebbe agevolato il trasferirsi da un cantone all'altro. La meta sarà di unificare l'età per mandare a scuola i bambini, la durata dell'obbligo scolastico, gli obiettivi dei vari livelli d'insegnamento, i passaggi da una formazione all'altra e il riconoscimento dei diplomi. Le scuole superiori saranno obbligate a coordinare e a fissare i loro obiettivi e a formularne i loro punti fondamentali. Nonostante le diversità vigenti, durante questo processo sarà presa in considerazione l'equivalenza tra le università e le scuole professionali superiori.

Riconoscimento del perfezionamento per tutta la vita

Accettando il fatto che le diverse formazioni universitarie e professionali sono riconosciute dalla società in modo equo, la revisione si propone di valorizzare e di promuovere la formazione professionale. Il decreto federale però non basterà se non si riconosceranno i mezzi finanziari necessari. Affinché ciò avvenga dovremo continuare a lottare anche dopo la votazione in maggio il che vale anche per affermare le regole fissate nella costituzione in materia di perfezionamento. Tramite il decreto si è finalmente riconosciuto che l'apprendimento continuo rappresenta una necessità e sono state piantate le basi per una legge



a proposito, per un contributo finanziario della Confederazione al perfezionamento e per la definizione di standard a livello di qualità. Dopo questo primo e importante passo riguardante il perfezionamento sarà decisivo seguire come sarà messo in atto e come questo nuovo campo sarà finanziato. Per fare un esempio: Nel futuro mi immagino che sarebbe utile iniziare e introdurre una forma di „buoni“ da riscuotere a favore del perfezionamento.

Eliminazione delle ingiustizie politiche nel settore della formazione

Il nuovo decreto costituisce un passo in avanti sulla via della parità delle prospettive. Dopo le analisi di „Pisa“ sappiamo che uno dei punti deboli del nostro sistema scolastico è che non riusciamo a correggere le differenze che hanno origine dalle diversità sociali. I bambini che provengono da famiglie o regioni povere e con meno istruzione hanno delle prospettive peggiori in confronto alle loro compagne e ai loro compagni provenienti da famiglie più ricche o più istruite. In futuro l' incombente politico più importante nel campo dell'istruzione sarà provvedere ad eliminare quest'ingiustizia. La revi-

sione coordinata in tutto il Paese contribuirà a ridurre le differenze sociali.

Il decreto federale non risolve tutti i problemi

Rientrerà nella competenza dei cantoni mettersi d'accordo sui punti più importanti del sistema scolastico, allo scopo di armonizzare il settore della formazione a livello federale. Se i Cantoni non riusciranno in questo accordo, la Confederazione dovrà intervenire stabilendo delle regole vincolanti. Questa competenza federale sussidiaria è una delle più grandi innovazioni del nuovo decreto. Un chiaro „sì“ il 21 maggio è importante per la qualità della formazione nel nostro Paese e per il nostro futuro.

Un „sì“ sarebbe però solo il primo passo per avviare delle altre riforme per cui dovremmo lottare anche dopo il 21 maggio: scuole con doposcuola integrato, più borse di studio, insegnamento anticipato delle lingue straniere, assistenza familiare e parità di prospettive a tutti i livelli.

**Chantal Galladé è membro della commissione del consiglio nazionale per le scienze, l'istruzione e la cultura e membro della fondazione dell'Università Popolare di Zurigo.*

Nuova legge sugli stranieri e richiedenti l'asilo - Iniziata la raccolta delle firme per il referendum

Il parlamento svizzero ha approvato lo scorso 16 dicembre la nuova legge sugli stranieri e sui richiedenti l'asilo. Diciamo subito che la nuova legge non riguarda i cittadini dell'area UE, per i quali esistono gli accordi bilaterali tra Svizzera e Unione europea che regolano in modo chiaro la libera circolazione delle persone e il diritto d'asilo, la sicurezza, il permesso di dimora, il ricongiungimento familiare ecc.

Di Valerio Modelo

Si creano così due categorie di stranieri, una che potrà usufruire dei vantaggi degli accordi bilaterali con l'Unione Europea, l'altra che sarà soggetta ad ogni sorta di discriminazioni e che costringerà molte persone a vivere nell'insicurezza e nella precarietà. La nuova legge introduce una sostanziale disparità di trattamento tra i cittadini dell'Unione Europea e gli altri 700 000 di altri paesi che lavorano in Svizzera da diversi anni, con regolare permesso.

L'integrazione sarà ostacolata da numerose barriere previste dalla nuova legge. Anche dopo dieci anni di lavoro con regolare permesso, gli stranieri extracomunitari non avranno il diritto legale di avere il permesso di domicilio (permesso C), sarà la polizia degli stranieri a decidere in modo arbitrario, in base al «grado d'integrazione», se concederlo o no.

Punite doppiamente le vittime di atti violenti

In caso di scioglimento dell'unione coniugale entro il termine di tre anni, non si ha diritto alla proroga del diritto di dimora. Se una donna extracomunitaria, sposata con uno svizzero che lavora con permesso regolare, fosse maltrattata e picchiata dal marito, non potrebbe chiedere la separazione nei primi tre anni, altrimenti perderebbe automaticamente il permesso di dimora e potrebbe essere rimpatriata in qualsiasi momento, anche alla presenza di violenza coniugale comprovata.

I matrimoni misti avranno con la nuova legge una vita difficile. Un funzionario civile avrà la possibilità di impedire un matrimonio se ha il sospetto che sia fittizio. Non sono stati però definiti i criteri di tale giudizio.

Un funzionario potrà ficcare il naso nei rapporti di coppia, in barba al diritto fondamentale del matrimonio e delle libertà personali.

Pur riconoscendo che in passato ci siano degli abusi da parte di cittadini stranieri che con matrimoni fittizi hanno ottenuto la cittadinanza svizzera, riteniamo le nuove disposizioni, spropor-



zionate e discriminatorie nei confronti di chi chiede solo di lavorare ed avere una vita dignitosa.

Penalizzati anche i cittadini e le cittadine svizzeri sposati con partner stranieri

La legge inoltre penalizza anche cittadini svizzeri e le cittadine svizzere che sono sposati con partner provenienti al di fuori dell'area UE. Questa categoria di svizzeri sarà costretta secondo la nuova legge, a vivere nella stessa economia domestica, (cosa prevista finora per matrimoni tra stranieri al di fuori dello spazio UE), il ricongiungimento familiare con i figli del partner, dovrà avvenire entro cinque anni, se i figli hanno meno di 12 anni, ed entro un anno se hanno più di dodici anni. In questo caso i cittadini svizzeri e le cittadine svizzere sono discriminati rispetto a coloro dell'Unione Europea per i quali non è prevista nessuna limitazione.

Un terzo degli articoli è di carattere penale

Questa legge prevede inasprimenti delle pene per coloro che non si attengono alle regole. Un terzo degli articoli è di carattere penale. Oltre a pene più severe, sono stati introdotti altri tipi di reato.

Inoltre in questa legge trovano applicazione anche misure coercitive in materia d'asilo.

Chi vede respinta la domanda d'asilo, diventa un sans-papiers e può essere arrestato in qualsiasi momento.

Siamo del parere che le leggi devono essere rispettate, ma chiediamo anche un po' d'umanità nell'applicarle, soprattutto quando si tratta di situazioni disperate di famiglie che hanno perso tutto. Rifiutare il diritto d'asilo, o negare il ricongiungimento delle famiglie, non rinnovare permessi di dimora, solo applicando in modo stretto la legislazione, spinge sempre più stranieri a vivere nella clandestinità. Il loro numero è stimato attorno ai centomila.

L'attuale legge risale al 1931, riteniamo che sia necessaria una revisione dopo 70 anni, anche perché i tempi sono cambiati e le esigenze sono diverse e molteplici. Non è necessario però introdurre norme così restrittive e suddividere gli stranieri in due categorie con trattamento diverso a livello legale, solo in base al passaporto. Contro questa legge è stato lanciato un referendum con l'appoggio del PS svizzero, i verdi, il partito del lavoro e diverse altre organizzazioni, cristiane, sindacali e degli stranieri. Se saranno raccolte le firme necessarie, sarà il popolo svizzero che dovrà esprimersi.

Viva L'Italia

Il 25 e 26 febbraio del 2006, si è svolta una delle più importanti manifestazioni degli ultimi anni a livello locale. La festa intitolata «Viva l'Italia», festa dell'Unione, si è svolta nell'Alto Zurighese, presso la Stadthofsaal di Uster.

Di Italo Conte

L'idea di questa manifestazione è nata dal desiderio di offrire a tutti i nostri connazionali due giornate di festa e di organizzare un incontro con i nostri candidati dell'Unione al parlamento italiano residenti in Svizzera.

Gradita anche l'occasione di presentare alcuni gruppi di balletto, allo scopo di far conoscere anche la parte culturale e l'impegno delle varie associazioni che vivono qui nell'Alto Zurighese.

Sabato 25, alle ore 18.30, la festa ha avuto inizio con il Bar preparato appositamente in stile italiano, con un buon prosecco, caffè, gelati e paste fresche artigianali, il tutto organizzato in collaborazione con il Bar Arena di Uster. Si sentiva nell'aria l'Italia in festa.

Nella sala interna si poteva ascoltare una musica di sottofondo per dare il benvenuto a tutti i nostri ospiti mentre si accomodavano sui propri posti riservati con una combinazione della bandiera tricolore, spirito di un'Italia che vuole cambiare.

Così, fino circa le ore 20.00, si è avuta l'opportu-

nità di incontrarsi e di discutere sulla nostra città di Uster e su che cosa si potrebbe fare, per migliorare il rapporto tra le varie collettività italiane e quelle dei nostri amici svizzeri.

Verso le 22.00 in sala si trovavano circa 320 ospiti, senza contare quelli che erano al bar a degustare un buon caffè all'italiana.

Tra un caffè e un dolce tutti i presenti hanno riscoperto l'italianità. È proprio così: Da molti anni non si facevano più delle manifestazioni talmente importanti presso la maestosa Stadthofsaal di Uster.

Qui durante la serata molti dei nostri connazionali sono tornati indietro nel passato di circa venti anni, quando si facevano delle autentiche feste da ballo con orchestra e cantanti, con una buona salciccia e un buon bicchiere di vino. È stato un fine settimana di festa.

La serata è stata allietata da diversi balletti dei vari gruppi italiani della nuova generazione, che hanno in questo modo dimostrato il loro impegno associativo e culturale e una continuazione delle proprie origini.

Come presidente della CLI di Uster, ci tengo a rilevare che È importante continuare a sviluppare un rapporto di lavoro e intesa con i giovani, per non trovarci un domani, anziani e canuti, senza nessun rimpiazzo da parte della nuova generazione.

Verso le 23.00 c'è stato l'intervento di Paolo da Costa, che ha presentato tutti i nostri candidati



dell'Unione al parlamento italiano, residenti in Svizzera e nell'Alto Zurighese, invitando tutti i presenti che volessero partecipare al dibattito del 26 febbraio, di prenotarsi anticipamente.

Domenica 26 febbraio c'è stato un pranzo familiare con i candidati al parlamento italiano. Erano presenti 120 persone. A tutti quelli che avevano prenotato anticipatamente è stato offerto un pranzo completo.

Alle ore 15.00 si è svolta la tavola rotonda con un dibattito dei nostri candidati che hanno dato un nuovo spiraglio di fiducia agli italiani che vivono all'estero.

Sono sicuro che i nostri parlamentari sapranno riconoscere le nostre esigenze essendo anche loro emigrati, e che rivestiranno un ruolo molto importante e carico di responsabilità nei confronti delle associazioni e dei connazionali, contribuendo nel parlamento italiano a rispecchiare le problematiche e le esigenze degli italiani residenti all'estero.

Vorrei ringraziare tutte le associazioni che hanno aderito per la buona riuscita della festa, che come si sa è unica nel circondario di Zurigo.

P.S. Dopo le elezioni

La festa «W l'Italia» ha contribuito a rinnovare la fiducia nell'Italia che vuole rinascere. Le elezioni del 2006 sono state le più importanti a livello mondiale. Per la prima volta finalmente si è avuta l'opportunità di votare all'estero. Qui si è deciso l'avvenire del paese per le generazioni future.

Ora guardiamoci allo specchio e pensiamo un attimo, che tutto è finito, come un brutto sogno. Pensiamo ad un avvenire migliore dopo tanti anni di sacrifici; ora possiamo credere ad un paese migliore, un paese del quale essere fieri. Ora all'estero possiamo nuovamente dire con orgoglio: «Io sono italiano».



FORUM

Periodico di
politica, lavoro e cultura
della Colonia Libera
Italiana

www.forumonline.ch

No. 228

Maggio 2006

Viva L'Italia!

P.P. Uster

A black and white close-up portrait of a man with short, dark hair and glasses, looking slightly to the left with a subtle smile. He is wearing a dark suit jacket over a light-colored shirt. The background is dark and out of focus.